



iGZ-Mitgliedschaft steht für Gesetzes- und Tariftreue

Zeitarbeitsunternehmen, die Mitglied im iGZ sind, folgen offenbar nahezu unisono einer typischen - mittelständischen - Firmenphilosophie: 99,3 Prozent der iGZ-Mitgliedsbetriebe sprachen sich im Rahmen der zweiten Umfragewelle zum iGZ-Mittelstandsbarometer für eine strikte Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Regelungen aus. Die Auswertung der zweiten von der "Soziale Innovation (SI) GmbH Dortmund/ Berlin" durchgeführten Umfrage brachte noch weitere wertvolle Erkenntnisse - 98,4 Prozent der iGZ-Mitglieder halten die Verhinderung der missbräuchlichen Inanspruchnahme der Zeitarbeit für wichtig. Einer Verringerung der Lohnabstände zu vergleichbaren Stammbeschäftigten sehen die Verbandsmitglieder eher gelassen: Insgesamt 83,2 Prozent der 1002 antwortenden Standorte halten die Verringerung für "wichtig", bzw. "eher wichtig".

70,9 Prozent der 440 teilnehmenden Unternehmen - das entspricht einer Rücklaufquote von 20,5 Prozent - entlohnen ihre Zeitarbeitnehmerschaft bereits übertariflich, Tendenz steigend: In der ersten Umfragewelle waren es noch 67,2 Prozent, also 3,7 Prozent weniger als jetzt. Auch beim Thema Qualifizierung/ Weiterbildung haben die Mitgliedsunternehmen des iGZ klare Vorstellungen: Für 87 Prozent ist dieser Punkt (eher) wichtig. Der konjunkturelle Trend in der Gesamtwirtschaft spiegelt sich er-

neut in der Übernahmequote wider, die von 32,6 auf 34,7 Prozent stieg - es wurden 2,1 Prozent mehr Zeitarbeitnehmer ins Stammpersonal der Kundenunternehmen übernommen, als noch im vergangenen Quartal. Die mittelständischen Zeitarbeitsunternehmen setzen auch weiterhin auf Kontinuität. Der Anteil der unbefristet Beschäftigten stieg von 81,8 auf 84 Prozent - das bedeutet eine Steigerung von 2,2 Prozent. Und die Zeitarbeit wird auch für höher qualifizierte Berufe immer attraktiver. Nahezu verdreifacht hat sich der Anteil der Zeitarbeitnehmerschaft, die gemäß Entgeltgruppe 9 entlohnt wird - der Anteil stieg im Vergleich zum vorherigen Quartal von 1,1 auf 2,9 Prozent. Beinahe verdoppelt hat sich zudem der Anteil der Mitarbeiter in der Entgeltgruppe 8, wo er von 0,8 auf 1,4 Prozent stieg. Fast stabil bleibt der Anteil der ungelerten Hilfskräfte, die nach Entgeltgruppe 1 bezahlt werden, bei 29,9 Prozent (1. Umfragewelle: 30 Prozent). Zeitarbeit ist auch das Barometer der deutschen Wirtschaft - und die Stimmung sinkt: Die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Unternehmens sehen derzeit nur noch 54,8 Prozent (eher) positiv. Im zweiten Quartal waren es noch 64 Prozent.

<http://www.imittelstand.de/themen/presse.html?boxid=469277>

Quelle: Initiative Mittelstand vom 08.12.2011

Neues Informationsangebot des iGZ zum Thema Personaldienstleistungsfachwirt

Konsequent verfolgt der iGZ sein Ziel Qualifizierung und Weiterbildung in der Zeitarbeitsbranche. Als neuen Service hat der mitgliederstärkste Zeitarbeitgeberverband jetzt auf seiner Homepage eine neue Info-Unterseite zum Thema Personaldienstleistungsfachwirt eingerichtet.

Wer sich für dieses Qualifizierungsangebot interessiert, findet künftig im Untermenüpunkt

„**PD-Fachwirt**“ des Hauptmenüpunkts „**iGZ-Schwerpunkte**“ alle wichtigen Informationen und Antworten zum Thema. Ansprechpartnerin im iGZ ist Kirstin Laukamp, iGZ-Referat Kompetenzentwicklung, Tel. (0251) 98 112-273, Fax: (0251) 98 112-28, E-Mail: laukamp@ig-zeitarbeit.de

Quelle: Personalorder.de vom 01.12.2011



Zeitarbeit kann auch sozial gerecht sein

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Guntram Schneider setzt sich auf der Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit ein. Mit einer neuen geplanten Bundesratsinitiative im Frühjahr will der Minister gemeinsam mit anderen Ländern neben dem Prinzip des 'Equal Pay', dem gleichen Lohn für gleiche Arbeit an gleichem Ort, und erweiterten Mitbestimmungsrechten der Arbeitsnehmervvertretungen auch das Synchronisationsverbot wieder einführen. Es verhindert, dass Leiharbeitsfirmen Beschäftigte nur für die Dauer ihres Einsatzes in einem Entleihbetrieb einstellen.

"Wir müssen die Zeitarbeit neu regulieren, um Ungleichbehandlungen von Beschäftigten in dieser Branche, geringere Löhne als Stammbeschäftigten und unternehmerische Willkür zu verhindern", sagte Minister Schneider am 07. Dezember 2011 bei einem Besuch der START Zeitarbeit NRW GmbH in Duisburg.

"Dieses Unternehmen zeigt, dass es auch anders gehen kann", betonte Schneider. START Zeitarbeit zahlt Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,50 Euro und vergütet überwiegend

nach dem 'Equal-Pay-Prinzip'. Unterstützt vom Land NRW und den Sozialpartnern hat sich der Betrieb zum Ziel gesetzt, möglichst viele Menschen in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu bringen.

"Dass 'gute Arbeit' und wirtschaftlicher Erfolg in der Zeitarbeitsbranche Hand in Hand gehen können, beweist START eindrucksvoll", erklärte der Minister. Für die gesamte Branche wichtig seien allgemeingültige und verbindliche Mindeststandards. Der Minister erinnerte daran, dass sich die Landesregierung bereits Anfang des Jahres im Vermittlungsausschuss für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit eingesetzt habe, der seit dem 1. Mai 2011 gelte und für allgemeinverbindlich erklärt werden soll.

Die Zahl der Beschäftigten in der Zeitarbeit hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Mit bundesweit rund 824.000 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitern (NRW: 189.000) wurde zum Ende des vergangenen Jahres der Beschäftigungshöchststand erreicht. (<http://www.politikexpress.de/minister-schneider-zeitarbeit-kann-auch-sozial-gerecht-sein-neue-bundesratsinitiative-geplant-535806.html>)

Quelle: Politik Express vom 07.12.2011

Baden-Württemberg beschließt Bundesrats-Initiative für Mindestlohn

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wollen eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro starten. Der Antrag solle noch im Dezember eingebracht werden, entschied das grün-rote Kabinett in Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Arbeitsministerin Katrin Altpeter sagten, Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssten davon menschenwürdig

leben können. Mit Mindestlöhnen würden auch seriöse Firmen geschützt, die durch Billiganbieter in Existenznot geraten. (<http://www.stern.de/panorama/baden-wuerttemberg-beschliesst-bundesratsinitiative-fuer-mindestlohn-1759553.html>)

Quelle: stern vom 06.12.2011

Zeitarbeit wird bei deutschen Arbeitnehmern stets beliebter

Die Joblandschaft in Deutschland befindet sich in einem dauerhaften Wandel, denn neben der üblichen Tätigkeit im Angestelltenverhältnis haben sich verschiedene Modelle in der BRD etabliert. In der Zeitarbeit lässt sich unter ge-

wissen Bedingungen deutlich mehr verdienen und die Flexibilität reizt die Mitarbeiter, dennoch muss man bei dieser Art der Tätigkeit einiges beachten. Bei der Zeitarbeit gilt es zwischen mehreren Modellen zu unterscheiden,



wobei die herkömmliche Personaldienstleistung, bei der Zeitarbeiter zu unterschiedlichen Unternehmen geschickt werden, meistens von einer Zeitarbeitsfirma vermittelt wird. Solche Personalfirmen übernehmen die gesamte Personallogistik für die Kunden und die Angestellten, so dass sich die Arbeitnehmer einzig auf die eigentliche Arbeit konzentrieren müssen. In festen Abständen finden sich diese in unterschiedlichen Betrieben wieder, was den Vorzug hat, dass man auf der einen Seite immer wieder neue Aufgaben und Firmen kennenlernt und auf der anderen Seite niemals in eine störende Routine kommt. Es gilt bei der Zeitarbeit dennoch darauf zu achten, eine seriöse Personaldienstleistung zu finden, denn Zeitarbeit Deutschland bedeutet für etliche Leiharbeiter noch immer einen kleineren Lohn. Mit der richtigen Expertise lässt sich jedoch genauso auf diesem Gebiet einiges an Geld verdienen und

mit einer Nebenselbstständigkeit kann man sich Agenturen und Personaldienstleistungen anschließen, die entsprechende Aufträge vermitteln. An freien Tagen kann man so für einen besonders guten Stundenlohn weitere Arbeit machen und das eigene Einkommen nebenher verbessern.

Dieses Konzept sorgt ferner dafür, dass die Konkurrenz innerhalb der Firmen gleich größer wird und die Mitarbeiter bekommen deutlich höheren Stundenlohn. Gute Zeitarbeitsfirmen für eine Teilzeitarbeit finden Sie am leichtesten über die Jobagentur wie auch das Internet. Die Personalvermittlung kann daher sowohl für suchende Unternehmen wie ferner auch für die Leiharbeiter selbst ein sicherer Gewinn sein. (<http://pressemitteilung.ws/node/337535>)

Quelle: Presseportal vom 06.12.2011

Erster Weiterbildungsfonds Zeitarbeit

Erstmals kommen Zeitarbeitnehmer in Deutschland in den Genuss einer tariflich verankerten Weiterqualifizierung. Über die Einrichtung eines gemeinsamen "Weiterbildungsfonds Zeitarbeiter" haben USG People Tochter Technicum und die IG BCE einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Weitere Partner sind die TÜV Nord Bildung und der Bildungsdienstleister Provalidis.

"Der Fonds motiviert Menschen, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Er schafft erstmals Anreize für Zeitarbeiter, in berufsbezogene Weiterbildung zu investieren, die zudem tariflich abgesichert ist", so Marcus Schulz, Vorsitzender der Geschäftsführung USG Deutschland.

Der IG BCE ist es besonders wichtig, dass möglichst viele Menschen Zugang zu den Fondsmitteln erhalten. "Deshalb werden nicht nur die Beschäftigten, die aktuell in der Zeitarbeit tätig sind, von den Fondsmitteln profitieren. Unser Modell steht auch Arbeitnehmern offen, die bereits bei einem Personaldienstleister beschäftigt waren oder beabsichtigen dort einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Entscheidend ist, dass Qualifikationshemmnisse abgebaut werden", unterstreicht Peter Hausmann, im geschäftsführenden IG-BCE-Hauptvorstand für die Tarifpolitik zuständig.

Auch nach Ende der Beschäftigung als Zeitarbeitnehmer können individuelle Maßnahmen aus dem Fonds finanziert werden. "Zahlungen sind damit nicht abhängig vom aktuellen Arbeitgeber", so Hausmann.

Zwei Prozent der Brutto-Lohnsumme

Finanziert wird der Fonds von Personaldienstleister, Entleihbetrieb und Arbeitnehmer durch ein Umlageverfahren. Die Basis sind 2 Prozent der Bruttolohnsumme. Personaldienstleister und Entleihbetrieb tragen je 0,8 Prozent, die Beschäftigten 0,4 Prozent. Der Fonds funktioniert nach dem Solidaritätsprinzip. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die individuelle Weiterbildung ist unabhängig von den eingezahlten Beträgen.

"Der Fonds wird insbesondere auch kleinere Betriebe und den Aufbau eines Qualifizierungsangebots für Zeitarbeitnehmer unterstützen", betont Udo Lemke, Vorsitzender der Geschäftsführung bei Provalidis.

Paritätisch verwalteter Fonds

Der Fonds ist in gemeinnütziger Rechtsform organisiert und wird paritätisch von den Sozialpartnern verwaltet. Aufbau- und Ablauforga-



nisation sowie die Verwaltung des Fondsgelds sind in einer Satzung festgeschrieben.

"Bereits im ersten Quartal 2012 können die ersten Maßnahmen finanziert werden. Aktuell findet die Auswahl geeigneter Qualifizierungsmaßnahmen statt, die wir unseren Partner bereit stellen können", so Hermann Oecking, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der TÜV Nord Bildung. Dabei wird auch Provalid sein Know-how bei der Ausbildung und Weiterbildung in den Bereichen Business & Management, Informatik, Labortechnik, Produktion und Technik einbringen.

Für Schulz bietet ein Fonds grundsätzlich die Möglichkeit, "die Verstetigung von Zeitarbeitskarrieren, mit Entlassung und Wiedereinstellung bei Zeitarbeitsunternehmen, zu unterbrechen - stattdessen den Weg in eine kontinuierliche Beschäftigung zu ebnen. Mitarbeiter sollen sich möglichst so qualifizieren können, dass sie eine reelle Chance auf feste Übernahme im Kundenunternehmen haben, sofern sie das anstreben. Von unserem Fonds erwarten wir auch eine bessere Akzeptanz der Zeitarbeit und eine Standortsicherung für Deutschland.

Transparenz und Fairness

In Deutschland arbeiten ca. 900.000 Menschen in der Zeitarbeit, das sind ca. 2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftig-

ten. "Ein hohes Qualifikationsniveau liegt im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Qualifizierung dient der Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens sowie dem Erhalt und der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer", meint Wolfgang Rein, Leiter Vertrieb bei Provalid.

Für Schulz ist noch ein weiterer Aspekt von Bedeutung: "Zeitarbeiter sind Mitarbeiter mit geringer Betriebsbindung. Der Fonds bietet ihnen die Möglichkeit, sich individuell und unabhängig vom Angebot im Entleihbetrieb weiterzubilden. Und er zeigt die Wertschätzung der Partner und Gründer für die Zeitarbeitnehmer."

Der Weiterbildungsfonds wird Vorbildcharakter für die Zeitarbeitsbranche haben. Daher wurden hohe Anforderungen an Transparenz, faire Gestaltung und breite Akzeptanz gestellt. Der Fonds soll grundsätzlich weiteren Zeitarbeitsunternehmen offenstehen.

"Unter der Voraussetzung, dass diese Qualitätsstandards erfüllen und ausschließlich mit einem DGB-Tarifvertrag arbeiten", stellen Hausmann und Schulz übereinstimmend fest. (<http://www.presseportal.de/pm/102515/2160727/modell-mit-vorbildcharakter-erster-weiterbildungsfonds-zeitarbeit>)

Quelle: na Presseportal vom 06.12.2011

Metallindustrie will mehr Flexibilität

Die Metallindustrie Hessens hat für die Bewältigung kommender Krisen flexiblere Rahmenbedingungen verlangt. Man benötige einen Korridor von "plus minus 20 Prozent des Arbeitsvolumens", sagte Hessenmetall-Hauptgeschäftsführer Volker Fasbender. Dazu gehörten neben dem Einsatz von Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten auch eine gewisse Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse und die Beschäftigung von Zeitarbeitern. Derzeit gebe es aber keine Hinweise auf einen ähnlichen scharfen Einbruch der Konjunktur wie 2008. Die Unternehmen erwarten laut einer Verbandsumfrage allerdings eine Ab-

schwächung des Wachstums. "Wir haben die heiße Boomphase verlassen, kommen in kälteres Klima. Wir sollten aber keine Rezession herbeireden", so Fasbender. In diesem Jahr wird die Metallindustrie ihren Umsatz im Jahresvergleich um 15 Prozent auf den Rekordwert von 60 Milliarden Euro steigern. Die Zahl der Beschäftigten sei um 3,2 Prozent auf über 210 000.

(http://www.welt.de/print/welt_kompakt/vermischtes/article13752897/Metallindustrie-will-mehr-Flexibilitaet.html)

Quelle: Welt online vom 06.12.2011



Aktualisiertes Merkblatt für Zeitarbeitnehmer

Mit den [Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes \(AÜG\) zum 01.12.2011](#) hat die Bundesagentur für Arbeit, wie zu erwarten war, das offizielle Merkblatt für Leiharbeitnehmer, das gemäß § 11 Abs. 2 AÜG jedem Leiharbeitnehmer mit Abschluss des Arbeitsvertrags auszuhändigen ist, aktualisiert. Erst im Juli 2011 war eine aktualisierte Fassung veröffentlicht worden.

Das neue Merkblatt für Leiharbeitnehmer enthält eine Vielzahl von Neuerungen und ist erstmalig statt bisher zwei nun drei Seiten lang, was höheren Aufwand für die Zeitarbeitsunternehmen im Rahmen der jährlich über eine Million neuen Leiharbeitsverhältnisse bedeutet.

Neues Merkblatt enthält nicht nur Anpassungen an AÜG-Änderungen!

Neben den an vielen Stellen völlig neuen, aber inhaltlich gleich gebliebene Formulierungen sowie den durch die ab 01.12.2011 geltenden Neuregelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) erforderlichen Anpassungen wurden seitens der Bundesagentur für Arbeit in die Neufassung der dreiseitigen Merkblattes für Leiharbeitnehmer weitere Änderungen eingearbeitet. So wurde beispielsweise die Konkretisierung des Umfangs der Erstattung von Fahrtkosten (Ziffer A. 3. des Merkblatts) sowie der Hinweis, dass die Arbeitssuchpflicht erst mit der Wahrnehmung eines Termins bei der Arbeitsagentur erfüllt ist (Ziffer E. Absatz 3 des Merkblatts).

Das nun veröffentlichte Merkblatt enthält folgende wesentlichen Neuerungen:

- Konkretisierung des Anspruchs auf Erstattung von Aufwendungen
In Ziffer A.3. wurde der Grundsatz manifestiert, dass Anspruch auf Aufwendungen (§ 670 BGB) "bei einem Einsatz, der sich außerhalb des Tagespendlerbereichs zwischen dem Sitz des Verleihers und dem Sitz des Entleihers (Einsatzort) befindet", besteht.
- Hinweis zum Anspruch auf Entleiherauskunft
Neu wurde auch (in Ziffer B.1) das Recht des Leiharbeitnehmers auf Auskunft beim Entleihbetrieb über den Vergleichslohn eines Stammarbeiters mit entsprechender vergleichbarer Tä-

tigkeit (nach § 13 AÜG) in das Merkblatt aufgenommen.

- Pflicht zur Terminswahrnehmung bei AA im Rahmen der Arbeitssuchmeldung
Während bisher unter Ziffer F. bei der Pflicht zur rechtzeitigen Arbeitssuchmeldung zunächst auf die fristwahrende Meldung per Telefon oder E-Mail sowie die Terminvereinbarung mit der Agentur für Arbeit hingewiesen wurde, wurde nun der Zusatz aufgenommen, dass die Pflicht nur bei Terminswahrnehmung erfüllt ist.
- Informationspflicht des Entleihers über freie Arbeitsplätze
Auf die nun ab 01.12.2011 geltenden Neuregelung in § 13a AÜG, wonach der Leiharbeitnehmer ein Recht auf Information über die beim Entleiher frei werdenden Arbeitsplätze hat, wurde ein Hinweis in die neue Ziffer F. es Merkblatts eingefügt.
- Recht auf Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen/-diensten
Das neue Merkblatt enthält unter Ziffer G. nun auch die Information über die neue Entleiherpflicht auf Gewährung des Zugangs zu den Gemeinschaftseinrichtungen und -diensten nach § 13b AÜG entsprechend den Stammmitarbeitern, wie z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Gemeinschaftsverpflegungen und Beförderungsmittel, wobei auf mögliche sachlich begründete Differenzierungen hingewiesen wird.

Im übrigen bleibt zu beachten, dass der Verstoß gegen die Pflicht zur Aushändigung des Merkblatts für Leiharbeitnehmer nach § 11 Abs.2 S.1 AÜG - auch wenn dies meist nur schwer nachweisbar sein dürfte – eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 8 AÜG darstellt, die mit seit Jahresmitte erhöhter Geldbuße von bis zu 1.000 Euro geahndet werden kann.

(<http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Merkblatt-Sammlung/Merkblatt-fuer-Leiharbeitnehmer.pdf>)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit vom 02.12.2011



Arbeitgeberverband Südwestmetall verteidigt Zeitarbeit

Die nächste Tarifrunde steht bevor: In der Mitgliederversammlung von Südwestmetall rückten Zeitarbeit und Azubi-Übernahme in den Fokus.

Flexibilität in den Betrieben habe wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg in den vergangenen zwei Jahren beigetragen. Flexibilität sei auch in Zukunft nötig, um Schwankungen auf den Märkten ausgleichen zu können. So der Tenor der Wortbeiträge bei der Mitgliederversammlung der Ulmer Bezirksgruppe von Südwestmetall. "Wir brauchen die Zeitarbeit als Puffer", sagte deren Vorsitzender Thomas Handmann. Und der Vorsitzende des Verbandes in Baden-Württemberg, Dr. Rainer Dulger, griff die Kritik der Gewerkschaften auf, die in diesem Zusammenhang von prekärer Beschäftigung sprechen, um seinerseits die Vorteile der Beschäftigungsform hervorzuheben: "Es handelt sich oftmals um unbefristete, sozialversicherungspflichtige und tarifvertraglich geregelte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt." Ohne Zeitarbeit wäre es nicht möglich gewesen, in der Krise die Stammbeschaftungen zu schützen.

In der Equal-Pay-Diskussion steht der Arbeitgeber-Vertreter auf dem Standpunkt, dass eine an den branchenüblichen Löhnen angelegte Bezahlung Arbeitsplätze vernichten würde. Die

Alternative für die Arbeitnehmer sei nicht etwa eine besser bezahlte Festanstellung, sondern die Rückkehr zu Hartz IV. Flexibilität müsse den Unternehmern auch bei der Übernahme von Auszubildenden zugestanden werden, meint Dulger. Die Forderung der IG Metall nach einer unbefristeten Übernahme aller Auszubildender sei kontraproduktiv. Handmann nennt ein Beispiel aus der Praxis: "Da wird man sich fragen, ob man schwächere Lehrlinge überhaupt einstellen soll." Eine Umfrage ergab, dass 90 Prozent der Betriebe nicht mehr über Bedarf ausbilden würden. Dies würde auch viele kleine Betriebe treffen, betonte Dulger, sie könnten keinen Nachwuchs mehr von der Industrie übernehmen.

"Wo kommen wir hin in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, wenn Azubis quasi verbeamtet werden?", fragt sich Oswald Metzger. Der Politiker (CDU) und Publizist sieht Deutschland in eine planwirtschaftliche Entwicklung laufen. "Wir orientieren uns zu sehr am Staat." Er rief die anwesenden Unternehmer auf, in die Offensive zu gehen: "Werben Sie mit Ihren Einsichten und Lebensbiographien für die Marktwirtschaft."

http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm_neu_ulm/Suedwestmetall-Zeitarbeit;art4329,1240220

Quelle: Südwest Presse vom 02.12.2011

Vermittlungsprovision – BGH stärkt rechte der Zeitarbeit

Am 10. November 2011 hat der BGH (III ZR 77/11) in einer Entscheidung weitere offene Rechtsfragen zu Zulässigkeit und Umfang der Vereinbarung von Vermittlungsprovisionen geklärt, was einen deutlichen Zuwachs an Rechtssicherheit bedeutet, zugleich aber erhebliche Auswirkungen für die Vertragsgestaltung hat. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt nun vor, die Kernaussagen der Entscheidung sind folgende:

- Provisionen können bis zu einer vorherigen Überlassungsdauer von bis zu einem Jahr verlangt werden. Bisher bestand Klarheit lediglich für einen Überlassungszeitraum von bis zu sechs Monaten;
- eine Provisionshöhe von zwei Gehältern ist auch bei Helfern zulässig; bislang galt nur die Formel, dass die Provision einer üblichen Arbeitsvermittlungsprovision entsprechen müsse,
- eine Provision kann grundsätzlich zwar auch verlangt werden, wenn die Anstellung innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Überlassung erfolgt; für diesen Fall muss dem Kunden aber ausdrücklich das Recht eingeräumt werden, einen Gegenbeweis zu führen, dass die vorherige Überlassung für die Einstellung nicht ursächlich gewesen sei.



Insgesamt:

eine für die Branche positive Entscheidung, die wesentliche Fragen endlich beantwortet. Bisherige Provisionsregelungen sollten überprüft

und angepasst werden. (<http://www.zeitarbeit-und-recht.de/tce/frame/main/861.htm>)

Quelle: Zeitarbeit und Recht vom 02.12.2011

Arbeitsmarkt – Zeitarbeit: Experten sehen schwierige Zeiten für Zeitarbeit

Leiharbeitsunternehmen müssen sich nach Prognosen von Arbeitsmarktforschern nach Jahren dynamischen Wachstums auf schwierigere Zeiten einstellen. «Die Branche ist seit 1994 jährlich im Schnitt um neun Prozent gewachsen.

Derzeit gibt es deutliche Hinweise, dass die Grenzen des Wachstums erst einmal erreicht sind», sagte der stellvertretende Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Ulrich Walwei, am Freitag auf einer Tagung des Instituts in Nürnberg laut Mitteilung. Möglicherweise müsse sich die Branche in den kommenden Jahren sogar auf ein Schrumpfen einstellen. Das IAB ist die Denkfabrik der Bundesagentur für Arbeit.

Eine der Ursachen ist nach Einschätzung Walweis die verbesserte Arbeitsmarktlage für Jobsucher. Arbeitslose dürften in Zukunft immer weniger auf die Job-Angebote von Zeitarbeitsunternehmen angewiesen sein, da sie bessere Aussichten haben, direkt von Firmen angestellt zu werden. «Und für die verbliebenen Leiharbeitnehmer wächst die Chance, von dem Kundenunternehmen nach einiger Zeit fest übernommen zu werden», schätzt der Arbeitsmarktforscher. Mittel- und langfristige werde die Rekrutierung neuer Mitarbeiter für die Zeitarbeitsunternehmen immer schwieriger. Um ihren Marktanteil zu halten und weiterhin profitabel arbeiten zu können, steht die Zeitarbeitsbranche nach Walweis Ansicht gleich vor

mehreren Herausforderungen. Zum einen müsse sich die Branche für höher qualifizierte Beschäftigtengruppen öffnen. Bisher stelle die Branche Leiharbeiter meist für einfache Beschäftigungen in der Industrie bereit, bei denen der Einarbeitungsaufwand vergleichsweise gering sei. Um ihre Marktposition sichern zu können, kämen sie nicht umhin, auch Kräfte für Dienstleistungsunternehmen und für Tätigkeiten mit höheren Anforderungen anzubieten.

Auch müssten Zeitarbeitsunternehmen ihr Image verbessern. Der Fall der Drogeriekette Schlecker, bei der Beschäftigten gekündigt worden war, um sie später wieder als Leiharbeiter zu beschäftigen, habe der Branche sehr geschadet, sagte Walwei. Die Imageverbesserung dürfe sich aber auf keinen Fall nur auf die nach außen gerichtete Werbung beziehen.

Auch nach innen sollten die Firmen eine Kultur pflegen, die die Beschäftigung als Leiharbeiter attraktiv mache. Dazu gehöre auch, Leiharbeiter fortzubilden und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten anzubieten, gab Walwei zu bedenken. «Andernfalls werden die Unternehmen immer mit dem Problem der Fluktuation zu kämpfen haben. Und das verursacht Rekrutierungskosten».

(<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1243946>)

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 02.12.2011

Mindestlohn in der Zeitarbeit noch vor Weihnachten?

Die Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche erhalten womöglich doch noch ein Weihnachtsgeschenk in Form eines Mindestlohns.

Dies teilte das Bundesarbeitsministerium der Haufe-Online-Redaktion auf Nachfrage hin mit. Bereits Anfang 2011 hatte sich die Koalition im Rahmen des Hartz-IV-Kompromisses darauf

geeignet, den Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche einzuführen.

Man wollte einen entsprechenden Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung prüfen und nach den existierenden Vorschriften bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklären. Arbeitsministerin



Ursula von der Leyen (CDU) wollte den Mindestlohn für Zeitarbeit eigentlich rechtzeitig vor der ab 1. Mai geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus osteuropäischen EU-Ländern realisiert sehen. Doch daraus wurde bislang noch nichts. Denn dazu wäre ein Antrag auf Basis eines konsolidierten, integrierten Tarifvertrags seitens der Zeitarbeitsbranche nötig gewesen. Ein solcher förmlich richtiger Antrag ging nach Auskunft des Bundesarbeitsministeriums letztlich (erst) im November ein. Erst jetzt kann es losgehen. Nach Eingang des Antrags schließen sich die Prüfung, die Veröffentlichung, eine dreiwöchige Einspruchsfrist und

sodann der Zusammentritt des Tarifausschusses an.

Bei entsprechendem Votum dieses Ausschusses würde die Verordnung des BMAS ins Kabinett kommen und die Lohnuntergrenze per Veröffentlichung der Verordnung im Gesetzblatt allgemeinverbindlich. Nach jetzigem Stand könnte dieses Verfahren noch vor Weihnachten abgeschlossen werden.

(<http://www.haufe.de/newsDetails?newsID=1322732965.53>)

Quelle: Haufe vom 01.12.2011

Den Wandel gestalten

Deutschland steht gut da. Die Folgen der Finanzmarkt- und der Wirtschaftskrise sind weitgehend überwunden. Die Konjunktur trägt ungeachtet der Unsicherheiten auf den Weltmärkten. Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit 41,5 Millionen so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. Zugleich ist die Zahl der Arbeitslosen im November mit 2,7 Millionen auf ein 20-Jahres-Tief gesunken.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist verknüpft mit einer steigenden Nachfrage nach Fachkräften. Immer mehr Erwerbstätige scheiden aus Altersgründen aus dem Arbeitsleben aus. Die Chancen von Arbeitssuchenden, an der Arbeitsgesellschaft teilzunehmen, erhöhen sich. Auf der anderen Seite bieten die Sozialsysteme den Menschen verlässlich Schutz, wenn Not ist. Um diesen Prozess bestmöglich zu unterstützen, hat die Bundesregierung in den ersten beiden Jahren in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik folgende Instrumente verbessert:

- Die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen können in den Jobcentern seit 2011 verfassungsrechtlich abgesichert zusammenarbeiten.
- Die Regelsätze für bedürftige Kinder und Jugendliche beruhen inzwischen auf eigenständigen und transparenten Berechnungen. Zudem erhalten bedürftige Kinder und Jugendliche mit dem Bildungspaket bessere Teilhabechancen auf Bildung. Diese beiden Punkte forderte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom Februar 2010.
- Missbrauch der Zeitarbeit, bei dem Beschäftigte entlassen werden, um sie anschließend als Zeitarbeiter zu niedrigerem Lohn wieder zu beschäftigen, ist nicht mehr möglich. Die so genannte Drehtürklausel verbietet den Wechsel der Stammebelegschaft in ein Leiharbeitsverhältnis im selben Betrieb.
- Den Mindestlohn in der Zeitarbeit will das Kabinett noch im Dezember für allgemeinverbindlich erklären.
- Die Verbesserungen der Arbeitsmarktinstrumente sollen den veränderten Bedingungen Rechnung tragen: Es gibt auf dem Arbeitsmarkt einerseits einen Nachfragermarkt. Andererseits erfordert der demografische Wandel einen anderen Fokus auf das Fachkräftepotenzial. Das Ziel, Arbeitssuchende schneller und effizienter zu vermitteln, bleibt.
- Die Reform gibt Vermittlern mehr Freiheiten bei der Betreuung Arbeitssuchender. Künftiger Schwerpunkt ist die Aus- und Weiterbildung, weniger öffentlich geförderte künstliche Beschäftigung.
- Die meisten zeitlich begrenzten Branchenmindestlöhne gelten bereits über 2012 hinaus. Neu sind die Möglichkeiten für die Pflegebranche, das Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie die Zeitarbeit, Mindestlöhne einzuführen.



- Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist Bestandteil deutschen Rechts. Ein nationaler Aktionsplan für ein behindertengerechtes Deutschland sieht Handlungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen vor – von der Bildung über den Arbeitsmarkt bis hin zu Kultur und Freizeit. Für einen Zeitraum von zehn Jahren stehen 100 Millionen Euro bereit.
- Vor der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 im Januar 2012 war nochmals zu prüfen, ob die Erhöhung des Renteneintrittsalters weiterhin richtig und notwendig ist. Denn beschlossen hat die Bundesregierung sie bereits in 2006. Der vorzulegende Bericht "Aufbruch in eine altersgerechte Arbeitswelt" bestätigt dies. Die Rente mit 67 verteilt die Lasten der Alterssicherung in einer Gesellschaft des langen Lebens gerecht auf alle Generationen.
- Die Bundesregierung legte eine Strategie zur Fachkräftesicherung vor. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ergänzt dabei die Entwicklung der Potenziale im Inland. Ärzte sowie Elektro- und Maschinenbau-Ingenieure bedürfen bereits keiner Vorrangprüfung mehr.

Für die verbleibende Zeit der Legislaturperiode benannte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen die drei Schwerpunkte ihrer Arbeit: die Fachkräftesicherung, die Verbesserung der Altersvorsorge und arbeitsschutzrechtliche Konzepte gegen psychische Belastungen am Arbeitsplatz.

(http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/11/2011-11-30-halbzeitbilanz-von-der-leyen.html)

Quelle: Bundesregierung vom 30.11.2011

Europa ist auf einem steinigen Weg

Bei den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie im Land wächst die Angst vor möglichen Auswirkungen der Schuldenkrise. Doch der Südwestmetall-Vorsitzende Rainer Dulger ist noch optimistisch.

Herr Dulger, zurzeit wird heftig diskutiert, wie sich die Schuldenkrise auf die Konjunktur auswirken wird. Wie ist die Lage in den Betrieben im Einzugsbereich von Südwestmetall?

RAINER DULGER: In den Betrieben ist die Auftragslage gut. Die Zukunftsaussichten sind in einigen Unternehmen etwas weniger rosig, aber wir gehen für 2012 im Schnitt weiter von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent aus.

Wie weit reichen die Auftragsbestände in das kommende Jahr?

DULGER: Das ist sehr unterschiedlich. Es hängt ganz davon ab, in welcher Branche die Betriebe tätig sind. Aber für das Gros der Betriebe reichen die Aufträge bis ins zweite Quartal des nächsten Jahres.

Welcher Zweig steht am besten da?

DULGER: Die Mitgliederstruktur bei Südwestmetall ist sehr heterogen. Wir haben den Kraftfahrzeugbereich, aber auch den gesamten Maschinen-, Sondermaschinen- sowie den Werkzeugbau.

Es gibt in jedem Zweig konjunkturelle, aber auch wettbewerbsbedingte Hochs und Tiefs. Manche Unternehmen sind international breiter aufgestellt und können deswegen Schwächen in bestimmten Märkten besser überbrücken. Da hat sich unsere Industrie in den letzten Jahren sehr, sehr unterschiedlich entwickelt. Trotzdem können wir derzeit keine einzelnen Branchen erkennen, die vom insgesamt positiven Trend deutlich nach unten abweichen.

Was treibt die Unternehmer zurzeit am meisten um? Die Schuldenkrise?

DULGER: Ja, sie befürchten, dass die Schuldenkrise auf die Realwirtschaft durchschlagen könnte.

Bangen die Unternehmer, dass sich wie in der letzten Krise eine Kreditklemme ergeben könnte?



DULGER: Das ist letztlich die Folge aus all den Befürchtungen, mit denen wir es zu tun haben. Aber zunächst geht es schlicht um die Sorge, dass die Nachfrage deutlich sinken könnte. Die Realwirtschaft kann allerdings wenig zur Lösung der Schuldenkrise beisteuern. Im Moment ist hier die Politik gefordert. Wir brauchen in der EU klare Regeln und Schuldenbegrenzungen, die in den einzelnen Ländern Verfassungsrang haben. Europa ist in dieser Hinsicht auf einem steinigem, aber richtigem Weg.

Trauen es die Unternehmer der Politik überhaupt noch zu, dass sie die Krise in den Griff bekommt?

DULGER: Aus meiner Sicht arbeitet die Bundesregierung und allen voran die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene vorbildlich. Der Kanzlerin gelingt es immer wieder, die große Verunsicherung auch bei der Beschlussfassung in die richtige Richtung zu lenken. Fest steht, dass für uns Deutsche die EU sehr wichtig ist. Wir haben am meisten von der Erweiterung des europäischen Marktes profitiert. Daher ist es auch nicht abwegig, dass wir den größten Beitrag dazu leisten, die EU und den Euro zu erhalten.

Vergangene Woche hat Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt gesagt: "Die wirtschaftliche Lage ist gut, und die Arbeitnehmer sollen daran teilhaben." Zucken Sie da mit Blick auf die Tarifrunde 2012 zusammen?

DULGER: Unser Tarifvertrag endet erst im April 2012. Wir sind davon noch viel zu weit entfernt, um uns Sorgen zu machen. Ich bin Optimist und gehe davon aus, dass unsere Industrie auch noch im Frühjahr gut laufen wird. Dann beginnen wir die Gespräche mit der IG Metall.

In der Stahlbranche haben die Tarifpartner jetzt 3,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt vereinbart. Wäre das eine verkraftbare Zahl?

DULGER: Der Abschluss ist auf unsere Industrie nicht projizierbar. Die Konjunkturlagen der beiden Branchen sind völlig unterschiedlich. Unsere Industrie ist sehr international aufgestellt und deshalb auch von vielen Faktoren abhängig. Weil es solch gewaltige Unwägbarkeiten gibt, unterbindet auch die IG Metall zur-

zeit jede Diskussion um eine Lohnzahl. Sie will ebenfalls den Konjunkturverlauf abwarten.

Der Stahlabschluss sieht die unbefristete Übernahme der Azubis vor. Sehen Sie eine Chance, diese IG-Metall-Forderung zu übernehmen?

DULGER: In einem Land mit 2,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit halte ich dieses Thema für unangebracht. Mit dieser niedrigen Quote sind wir Europa- wenn nicht sogar Weltmeister. Die IG Metall kämpft hier einen Kampf vor dem Spiegel gegen einen Gegner, den es aus unserer Sicht gar nicht gibt. Rund 80 Prozent unserer Betriebe übernehmen ihre Auszubildenden. Die verbleibenden 20 Prozent verlassen die Betriebe, um zu anderen Unternehmen zu wechseln, weil sie studieren wollen oder weiterführende Ausbildungen beginnen. Wir könnten viel mehr Erfolg stiften, wenn wir unseren Fokus darauf legen würden, wie wir lernschwache und nicht ausbildungsfähige Jugendliche zu einer Ausbildung verhelfen können.

Also ein klares Nein?

DULGER: Ja, denn die Ausbildungsquote in unseren Betrieben ist momentan sehr gut. Viele unserer größeren Betriebe bilden über Bedarf aus. Davon profitieren die kleineren Betriebe, die sich keine Ausbildung leisten können. Eine Forderung nach einer unbefristeten Übernahme von Lehrlingen würde deshalb nur Schaden anrichten, weil Betriebe ihre Überbedarfsausbildung zurückfahren würden.

Der Stahlabschluss lässt aber ausdrücklich Ausnahmen zu für Betriebe, die über Bedarf ausbilden.

DULGER: Mich stört das grundsätzliche Signal, dass ein Jugendlicher bei Ausbildungsbeginn schon die Übernahme in der Tasche hat. Das wäre so, als ob der Fahrschüler schon in der ersten Fahrstunde den Führerschein erhielt.

Die IG Metall hat sich das Thema faire Bezahlung von Zeitarbeitern auf die Fahnen geschrieben. BDA-Präsident Hundt signalisierte vergangene Woche eine grundsätzliche Bereitschaft für eine gestaffelte Lohnangleichung



an die Stammebelegschaften. Wie sehen Sie das?

DULGER: Wir als Südwestmetall können grundsätzlich keinen Einfluss nehmen auf Arbeitsverhältnisse Dritter. Das heißt, wenn bei uns in der Metall- und Elektroindustrie ein Zeitarbeiter beschäftigt ist, dann hat er ein Arbeitsverhältnis mit der Zeitarbeitsfirma, die ihn an uns entleiht. Deswegen obliegt die Hoheit über Absprachen wie Lohnsteigerungen den Zeitarbeitsfirmen. Diese verhandeln derzeit mit den DGB-Gewerkschaften, also auch mit der IG Metall.

Aber was würde eine solche Regelung für Ihre Betriebe bedeuten?

DULGER: Zunächst mal sind wir nicht der Hauptabnehmer von Zeitarbeit. Von den knapp einer Million Zeitarbeitern in Deutschland arbeiten nur etwa 170 000 in der Metall- und Elektroindustrie. Im Kern zählt unsere Branche dreieinhalb Millionen Beschäftigte. Die Zeitarbeitsquote bei uns ist also sehr niedrig.

Was würde Sie mehr stören, eine Verteuerung der Zeitarbeit oder mehr Mitspracherecht der Gewerkschaft?

DULGER: Letzteres. In unserer Branche dient Zeitarbeit vor allem zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen und nicht zum Drücken der Lohnkosten. Gerade in diesen turbulenten Zeiten brauchen wir mehr und nicht weniger Flexibilität. Deshalb sollte die Entscheidung über den Einsatz von Zeitarbeit auch die Entscheidung des Unternehmers bleiben.

Und die Entlohnungsfrage?

DULGER: Wer etwas an dem derzeitigen Habitus der Zeitarbeit ändert, sollte sich darüber im Klaren sein, dass er damit den Beschäftigungsmotor der letzten Jahre ins Stottern bringt. Zeitarbeit hat Menschen aus Hartz IV wieder in ein Arbeitsverhältnis geholfen. 14 bis 17 Prozent der Zeitarbeiter werden vom Auftraggeber fest übernommen. Viele Zeitarbeiter sind zudem gering qualifiziert. Wird ihr Einsatz teurer, fallen auch diese einfachen Arbeiten mehr und mehr weg.

(http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/wirtschaft/ueberregionale-wirtschaft_artikel,-Suedwestmetall-Chef-Rainer-Dulger-ueber-Branchenlage-Schuldenkrise-und-Stahlabschluss-aid,155147.html)

Quelle: Tagblatt vom 30.11.2011

Arbeitslosenzahl im November weiter gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem November auf den niedrigsten Wert seit 20 Jahren gefallen. Aufgrund der milden Witterung und noch anhaltend guten Konjunktur sank die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Personen um 24000 auf 2,713 Millionen.

...

Deutschland: Arbeitslosenzahl im November weiter gesunken - weiter lesen auf FOCUS Online: http://www.focus.de/politik/weitermeldungen/deutschland-arbeitslosenzahl-im-november-weiter-gesunken_aid_689277.html
Das ungewöhnlich milde Wetter und die noch immer robuste Wirtschaft haben die Arbeitslosigkeit im November erneut deutlich sinken lassen. Die Zahl der offiziell als arbeitslos gemeldeten Menschen nahm im Vergleich zum Vormonat um 24 000 auf 2,713 Millionen ab, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Mittwoch in Nürnberg mitteilte. Das ist der niedrigste November-Wert seit 1991. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Rückgang

214 000. Die Arbeitslosenquote verringerte sich gegenüber Oktober um 0,1 Punkte auf 6,4 Prozent.

„Der deutsche Arbeitsmarkt profitiert auch im November von der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist keine Eintrübung zu erkennen“, sagte BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt. Er vertrat BA-Chef Frank-Jürgen Weise, der zu Haushaltsberatungen in Berlin weilte. Auch unter Herausrechnung saisonaler Effekte ging die Arbeitslosigkeit im November erneut zurück, und zwar um 20 000.

Beschäftigung in allen Bundesländern aufgebaut

Beschäftigung wurde laut Alt in allen Bundesländern und in fast allen Branchen aufgebaut. Aus dem verarbeitenden Gewerbe, den Branchen Verkehr und Logistik sowie Handel, wirtschaftliche Dienstleistungen ohne Zeitarbeit und Bau meldeten sich in den vergangenen elf



Monaten weniger Menschen arbeitslos.

Dagegen nahm die Zahl der Jobsuchenden im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Zeitarbeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu. Alt erklärte dies mit den Worten: „Immer mehr Menschen finden hier einen Arbeitsplatz, verlieren ihn aber auch wieder“. Gesucht würden vor allem Fachkräfte im Metall- und Elektrobereich, aber auch Maschinenbauer, Logistikfachleute, Verkäufer und Mitarbeiter in Gesundheitsberufen.

Nach BA-Hochrechnungen stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im September im Vergleich zum Vorjahr um 698 000 auf 28,97 Millionen. Dabei entstanden 369 000 neue Vollzeit- und 325 000 neue Teilzeitjobs. Alt sagte, dass fast die Hälfte der Menschen, die neu eingestellt werden, nur befristete Verträge bekämen. Diese Tendenz sei allerdings schon länger zu erkennen.

80 000 weniger Hartz-IV-Bezieher

Alt, der im BA-Vorstand für die Grundsicherung, also Hartz IV, zuständig ist, hob hervor, dass auch die Gruppe dieser Leistungsbezieher von der noch guten Konjunktur profitiere. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Hartz-IV-Empfänger sei verglichen mit dem Vorjahr um 80 000 und verglichen mit dem Vormonat um 15 000 auf 1,94 Millionen gesunken. Der größ-

te Teil davon habe eine Arbeit aufgenommen, einige seien aber auch durch Rente oder andere Gründe aus dem Leistungsbezug verschwunden.

Insgesamt erhielten laut Bundesagentur im November 717 000 Menschen Arbeitslosengeld I – ein Rückgang um 3000 im Vergleich zum Oktober – und 4,437 Millionen Menschen Arbeitslosengeld II beziehungsweise Hartz IV. Das waren 39 000 weniger als im Monat zuvor. Die meisten Hartz-IV-Bezieher sind nicht arbeitslos gemeldet, weil sie in der Ausbildung oder sehr niedrig entlohnt erwerbstätig sind, oder weil sie sich um Kinder oder Pflegebedürftige kümmern.

Noch hätten die „finanzpolitischen Turbulenzen“ nicht in die Realwirtschaft und die Beschäftigung durchgeschlagen, sagte Alt. „Und wir haben die Hoffnung, dass das auch noch eine Weile so bleibt“.

Sollte der Winter so milde und schneefrei bleiben wie bisher, dürfte die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht mehr über drei Millionen steigen. Im Januar sei damit aber „mit einer hohen Wahrscheinlichkeit“ zu rechnen.

(http://www.focus.de/politik/weiteremeldungen/deutschland-arbeitslosenzahl-im-november-weiter-gesunken_aid_689277.html)

Quelle: Focus vom 30.11.2011